

Altstadt ohne Wahlplakate

Die Hersbrucker Verwaltung limitiert die Werbeflächen für Parteien – Litfaßsäule für die Kultur?

HERSBRUCK (mz) – Raumgreifende Banner, üppig bestückte Laternenmasten und übereinander gestapelte Plakatständer – in Hersbruck ufernte die Wahlwerbung vor den Kommunalwahlen zuletzt aus. Deshalb beauftragte der Hauptverwaltungsausschuss des Stadtrates jetzt das Rathaus damit, strengere Regeln auszuarbeiten. Alle Fraktionen sind grundsätzlich bereit, sich auf diese Weise selbst zu beschränken.

Der Antrag kam vom Freien Rathausblock, Angelika Pflaum erläuterte ihn im Ausschuss. Sie schlug vor, dass die Stadt für die erlaubte Zeit – ab sechs Wochen vor dem Wahltermin – „den Parteien und Wählergruppen an bestimmten markanten Standorten Anschlagtafeln zur Verfügung stellt“ und darüber hinaus in der Altstadt nicht mehr plakatiert werden darf. Denkbar wäre alternativ aber auch eine Litfaßsäule.

Peter Uschalt (CSU) stimmte diesem Ansatz grundsätzlich zu, weil es „in der Vergangenheit einigen Wildwuchs gab, der auch uns zu viel war“. Ihm sei allerdings unklar, wo „eine so große Wand“ in der Innenstadt platziert werden könnte. Zugleich gelte aber, dass das Plakatieren bei Wahlen „aus unserer Sicht dazu gehört“, es habe nur „etwas überhand genommen“. Die CSU schlägt vor, die Altstadt ganz frei zu halten von Par-

teienwerbung und außerhalb „eine Anzahl x an Plakatständern zuzulassen“. Alles, was darüber hinausgehe, sollte untersagt werden. Uschalt sprach sich für eine „glasklare Lösung“ aus, die konsequent umgesetzt wird. Offen ist die CSU für nichtpolitische Werbung. Auch dafür sollten Möglichkeiten und Grenzen überarbeitet werden. Zum Beispiel soll für die Erlaubnis auch hier eine Kautions bei der Stadt hinterlegt werden, die einbehalten wird, wenn die Plakate nicht in einer bestimmten Frist wieder beseitigt werden.

Ausnahme für „Bühnen“

Dorothea Müller Philipps Sohn (Grüne) bat darum, den nichtpolitischen Veranstaltern, also unter anderem „Bühnen“ wie „Kick“ oder „...na und!“, in der Innenstadt eine Möglichkeit zu geben, für ihre Termine zu werben. Uschalt stimmt ihr zu und kann sich dafür eine Litfaßsäule gut vorstellen. Er hält es für am besten, dies gleich mit anzupacken, nicht nur die Parteienwerbung. Müller Philipps Sohn merkte allgemein noch an: „Die Anzahl der Wahlplakate ist nicht entscheidend für das Ergebnis.“

Stephan Krimm (SPD) meinte, Wahlwerbung gehöre zur Demokratie und sollte auch noch außerhalb von Sozialen Medien stattfinden. Eine von politischen Plakaten freie Altstadt sei überle-

genswert, große Wände dort hält auch er für problematisch. Sein Anliegen generell: „Es muss Parteien schon erlaubt sein, auf die Wähler zuzugehen.“

Norbert Thiel (CSU) hält auch nichts von Plakatwänden. „Sie müssen aufgebaut und gesichert werden“, sagte er. Das verursache Kosten. Dinkelsbühl und Nördlingen hätten – als gute Beispiele – im Stadtkern überhaupt keine Wahlwerbung mehr. Peter Matzner (CSU) will „keine Paperdeckel auf Lichtmasten“ mehr und erinnerte wie Krimm daran, dass Wahlwerbung zur Demokratie einfach dazu gehöre.

Guido Schmidt (SPD) bat um eine „wasserfeste“ Regelung. Tricks wie Veranstaltung XY sei „powered by SPD“ oder auch Plakatieren in Privatfenstern und anderes müssten ausgeschlossen werden. Bürgermeister Robert Ilg sagte zu, dies – so weit möglich – zu beachten. Wie Christof Rothkegel von der Stadtverwaltung erläuterte, gelten in Bayern Vorgaben, wie die „abgestufte Chancengleichheit“, nach der sich auch die kleinste Partei wirksam präsentieren können muss. Er wies darauf hin, dass die Überwachung aller Regeln „nicht immer ganz einfach ist“.

Angelika Pflaum sagte am Ende der Diskussion, dass der Freie Rathausblock nicht auf Plakatwänden



Das wäre eine geordnete Wahlwerbung an einer Plakatwand. Foto: J. Ruppert

bestehen. Es gehe darum, das Übermaß einzuschränken. „Ich denke, dass wir damit der Mehrheit der Bevölkerung einen Gefallen tun.“

Die Verwaltung erarbeitet nun einen Satzungsentwurf, mit dem

die Wahlwerbung eingedämmt werden kann. Dazu gehört als Anreiz zum Aufräumen eine Kautionsregelung. Bis zur Bundestagswahl wird es nicht reichen. Denn die Plakataufträge der Parteien sind bereits in Auftrag gegeben.